

# Info-Paket

Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Landtag Niedersachsen

März 2009

## Landtagsumbau

Den niedersächsischen Landtag nicht teuer neu bauen,  
sondern effizient und zeitgemäß modernisieren!

### Inhalt

1. **Einleitung**
2. **Einladung** zur Anhörung am 30.1.2009
3. **Sid Auffarth:** Der Plenarsaal als Architekturdenkmal und denkmalpolitische Konsequenzen
4. **Standortanalysen des Plenarbereichs im Vergleich:**  
    **Variante: Modernisierung des Plenarsaals**  
    **Variante: Abriss und Neubau des Plenarsaals**
5. **Bündnis 90/Die Grünen:** Antrag Drs. 16/898
6. **Plenardebatte** vom 19.2.2009

Hrsg. Bündnis 90/DIE GRÜNEN Landtagsfraktion Niedersachsen

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1

30159 Hannover

Tel. 0511/3030-4201

[gruene@lt.niedersachsen.de](mailto:gruene@lt.niedersachsen.de)

V.i.S.d.P. Ursula Helmhold , MdL und Enno Hagenah, MdL

Mehr Infos: [www.gruene-niedersachsen.de](http://www.gruene-niedersachsen.de)

## **Den niedersächsischen Landtag nicht teuer neu bauen, sondern effizient und zeitgemäß modernisieren!**

Die grüne Landtagsfraktion hat sich mit mehr als 100 Fachleuten eingehend mit den Plänen zur Neugestaltung des niedersächsischen Landtages beschäftigt. In einer kritischen Diskussion wurden funktionale Fragen, Kostengesichtspunkte und energetische Erfordernisse ebenso diskutiert wie Fragen des Denkmalschutzes und der stadträumlichen Wirkung.

Es trifft auf Unverständnis und Empörung, dass gerade der Gesetzgeber sich an selbst gemachte Vorgaben im Denkmalschutzgesetz nicht halten will. Das Standardargument fast aller unwilligen Denkmaleigentümer, die alte Bausubstanz würde die veränderten Nutzungsansprüche nicht erfüllen können würde damit von höchster Stelle legitimiert. Denkmalschutz wäre damit in Zukunft in Niedersachsen marginalisiert.

Dem Landtag liegen aus dem Wettbewerb 2002 mit 5 prämierten Arbeiten und 4 Ankäufen eine Vielzahl von denkmalgerechten aber zeitgemäßen und innovativen Umsetzungsvorschläge für einen rundumerneuten Plenarsaal vor. „Weiter Bauen“ war schon das Motto des Landtagsarchitekten Oesterlen, dessen angemessene heutige Interpretation erneut einen wichtigen Beitrag zur Baukultur in Niedersachsen beitragen würde. Dies wäre zudem für einen deutlich geringeren Betrag an Steuergeld umsetzbar als ein Abriss und Neubau.

Für die bessere stadträumliche Einbindung zur Innenstadt und Leine sollte allerdings begleitend ein städtebaulicher Wettbewerb gemeinsam vom Landtag und der Landeshauptstadt durchgeführt werden, um die Überarbeitung der Wettbewerbsergebnisse zum Plenarsaal an dessen Ergebnis auszurichten.

Ursula Helmhold, stellv. Fraktionsvorsitzende und Enno Hagenah, MdL



**Ursula Helmhold, MdL**  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Tel. 0511/3030-3302  
[ursula.helmhold@lt.niedersachsen.de](mailto:ursula.helmhold@lt.niedersachsen.de)  
[www.ursula-helmhold.de](http://www.ursula-helmhold.de)



**Enno Hagenah, MdL**  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Tel. 0511/3030-3308  
[enno.hagenah@lt.niedersachsen.de](mailto:enno.hagenah@lt.niedersachsen.de)  
[www.enno-hagenah.de](http://www.enno-hagenah.de)

# Einladung zur Anhörung und Diskussion zum geplanten Umbau des niedersächsischen Landtages

Datum, Uhrzeit: Freitag, 30.01.2009, 15:00 - 18:30 Uhr

Ort: Leineschloss im Nds. Landtag Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Die grüne Landtagsfraktion hat sich eingehend mit den Plänen zur Neugestaltung des niedersächsischen Landtages beschäftigt. In einer kritischen Diskussion wurden funktionale Fragen, Kostengesichtspunkte und energetische Erfordernisse ebenso diskutiert wie Fragen des Denkmalschutzes und der stadträumlichen Wirkung.

Die von uns favorisierte Variante besteht im zeitgemäßen Umbau des Plenarsaales.

Angesichts der aktuellen Debatte sehen wir angesichts der bereits vorhandenen Qualität der Entwürfe unter den engen Wettbewerbsbedingungen des Jahres 2002 mit Berücksichtigung der Denkmalschutzbelange noch Weiterentwicklungspotentiale durch eine Überarbeitung der damaligen Preisträgerbeiträge. Da die Entwürfe noch unter den Vorgaben - Erhalt des Glasfoyers und fast der gesamten Fassade und des inneren Plenarsaalbereiches erstellt werden mussten, haben die Konzepte längst nicht alle Chancen einer zeitgemäßen, aber auch geschichtsbewussten Interpretation der vorhandenen Grundsubstanz erschließen können. Der damalige Siegerentwurf ist bereits im Status Quo kostengünstiger (20 Mio. Euro) und nutzt die vorhandene Erschließung.

Das erklärte Ziel des Landtagspräsidenten auf Grundlage eines mehrheitlichen Beschlusses des Landtagspräsidiums, einen neuen Wettbewerb auszuschreiben und einen Abriss und Neubau für 45 Mio. Euro noch innerhalb der laufenden Legislaturperiode umzusetzen, bricht nicht nur mit den Vorgaben des vom Landtag selbst beschlossenen niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes. Auch die üblichen und für die Akzeptanz notwendigen Diskussionen mit Fach- und Stadtöffentlichkeit über Konzeption und Gestaltung eines so hervorgehobenen Bauwerkes unserer Demokratie werden ausgebremst.

## Begrüßung

### 15.00 Ursula Helmhold

MdL, parlamentarische Geschäftsführerin

#### I. Der Plenarsaal als Architekturdenkmal und denkmalpolitische Konsequenzen

Dr. Sid Auffarth

Bauhistoriker

#### II. Der Plenarsaal als Geschichtsdenkmal und Symbol für das Land Niedersachsen

M.A. Anne Schmedding

Architekturhistorikerin, TU Braunschweig

#### III. Nutzungsansprüche an das Plenargebäude 2002 und heute

Wolfgang Goeke

Landtagsdirektor

Doris Nordmann

Ministerialdirigentin

#### IV. Podiumsdiskussion

Dipl.-Ing. Roman Graf

Landesvorsitzender des BDA Niedersachsen

Dipl.-Ing. Wolfgang Schneider

Präsident der Architektenkammer Niedersachsen

Dipl.-Ing. Karin Kellner

Sprecherin der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V.

apl. Prof. Dr.-Ing. Karl Bernhard Kruse

Diözesankonservator Hildesheim, Fachgruppe Denkmalpflege des Nds. Heimatbundes

Dipl.-Ing. Christian Kleine

Kleine – Assoziierte Architekten BDA, Teilnehmer Wettbewerb 2002

**Moderation: Dipl.-Ing. Enno Hagenah**

MdL



**Dr. Sid Auffarth:**

## **Der Plenarsaal als Architekturdenkmal und denkmalpolitische Konsequenzen**

Die Baugeschichte des Leineschlosses ist eine Geschichte des Weiterbauens, des Ausbaus und gelegentlich auch der Freilegung. Demgegenüber fielen hochfliegende Neubaupläne meist dem Zwang zur Sparsamkeit zum Opfer - was im Nachhinein nicht zu bedauern ist. Denn in der oft langwierigen, aber umsichtigen Annäherung an die konkrete Bauaufgabe konnten städtebauliche Rahmenbedingungen stärker wirksam werden und auch die Einbindung vorhandener Gebäude und Gebäudeteile wurde zwangsläufig Prinzip der Planung. Betrachten wir einige Etappen des Schlossbaus:

### **I. Baugeschichte des Leineschlosses**

Der Brand des Westflügels am 5. April 1741 leitete die architektonische Neufassung des Leineschlosses ein. Bis zu der Zeit waren mit dem Ausbau zur Residenz seit 1637 die vorhandenen Bauten des Barfüßerklosters (1288-1533) und die mittelalterliche Stadtmauer am Ufer der Leine in die Ausführung einbezogen worden. Die alte Schlossanlage bestand aus einem Nebeneinander unterschiedlicher Gebäude: an der Leinstraße die gotische Giebelreihe der Klosterkirche (ab 1291), der Kapuzinerflügel von 1688 in Renaissanceformen, das barocke Schlosstheater (1689-1854) mit 1.300 Plätzen, das nur im Inneren prunkvoll war, und die zum Regierungsgebäude umgebauten Bürgerhäuser am Holzmarkt. Die Leinefront war bis 1640 einheitlich in Formen der Renaissance ausgebaut und später ergänzt worden. Das Feuer hatte ein Fünftel der gesamten Bausubstanz vernichtet, die unverzüglich wieder hergestellt werden sollte.

Der hannoversche Hofarchitekt Johann Paul Heumann zeichnete erste Pläne, die auf Anordnung des englisch-hannoverschen Königs Georgs V. zur Begutachtung nach Paris geschickt wurden. Jacques V Gabriel, bis zu seinem Tod 1742 Architekt des Königs Ludwig XV., gab der barocken Pilasterfassade mehr Flächigkeit und straffte sie durch umlaufende Gesimsbänder. In dieser bis 1746 ausgeführten Fassung bildete sie das Grundmuster, das Georg L.Fr. Laves siebzig Jahre später für die Fassade der Leinefront übernehmen musste. Auch für die stadtseitige Leinstraßenfront plante er 1816 die „Irregularitäten der alten Teile“ einheitlich zu überformen. Der vorgelegte Entwurf mit abweisender Pilasterarchitektur wurde zwar bewilligt, aber nicht ausgeführt.

Erst zehn Jahre später begann Laves nach Abriss des Regierungsgebäudes und der alten Wache an der Nordwest-Ecke die vorgegebene barocke Fassade in einen modernen Klassizismus zu überführen. Unter einem mächtigen Hauptgesims ordneten sich nun klassische Formelemente wie dorische Säulenordnung für die Schlosswache, ionische Pilaster für die königlichen Wohnräume und Dreiecksgiebel über den Fenstern zu einem neuen System. Da Proteste der Anlieger eine kompakte Wiederbebauung auf dem westlichen Hof verhindert hatten, verlegte er nun den Hauptzugang in die Mitte der Leinstraßenfront genau gegenüber dem Alten Palais und wertete ihn durch einen monumentalen Portikus in korinthischer Säulenordnung auf. Dabei orientierte er sich an der Vorhalle des Londoner Carlton House. Mit dieser Lösung gelang es ihm auf geniale Weise, den engen Straßenraum mit knappen Mitteln wirkungsvoll zu akzentuieren. Kontinuität und Wandel in der Architekturauffassung jener Zeit lassen sich noch heute anschaulich im westlichen Hof des Landtages ablesen. Auf Wunsch der Königin Friederike setzte Laves 1843 unter Mitwirkung des Münchener Hofarchitekten Leo von Klenze vor die Leinefassade einen Wintergarten, der als verglaste Säulenvorbau bis heute als eine Brosche die einheitliche Front ziert.

Damit war die letzte Ausbaustufe des Leineschlusses erreicht, denn 1866 nahm der preußische Staat das Schloss in Besitz, um es zu Repräsentation, als Kommandeurswohnung und für Verwaltung zu nutzen. Zu Beginn der Weimarer Republik übernahm für hundert Jahre die Stadt Hannover das Gebäude. Es diente musealen Zwecken, Behörden wurden dort untergebracht und es fanden kulturelle Veranstaltungen statt; 1936 wurde eine Heeresgedenkstätte eingerichtet. Am 26. Juli 1943 wurde das Schloss durch Bomben zerstört, nur Wände zeugten „von verschwundener Pracht...“

## II. Zum Umgang mit Denkmälern

Als Vorsitzender der Baudenkmalstiftung Hannover und Ortskurator der Deutschen Stiftung Denkmalschutz muss ich in aller Entschiedenheit das Vorgehen des Landtagspräsidenten Hermann Dinkla, aber auch das Verhalten der Landesregierung, in Sachen Parlamentsneubau missbilligen.

1. Das Parlament hat im Jahre 1978 ein Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz verabschiedet, das mit wenigen Novellierungen bis heute für alle Eigentümer von Denkmälern gültig ist. In §3 heißt es dort: „Baudenkmale sind bauliche Anlagen, an deren Erhaltung wegen ihrer geschichtlichen, künstlerischen, wissenschaftlichen oder städtebaulichen Bedeutung ein öffentliches Interesse besteht.“ Nun sind die Mitglieder des Landtages zwar demokratisch legitimierte Volksvertreter, sie bilden aber nur eine Vertretergruppe des öffentlichen Interesses, insbesondere da es um eigene Belange geht. Hier ist ein Abwägen der unterschiedlichen Interessen öffentlich einzufordern. Das bedeutet nicht, dass die Nutzungsprobleme im parlamentarischen Alltag geleugnet werden sollen, sie sollten im Gegenteil zum Ausgangspunkt einer Suche nach verträglichen und kostensparenden Lösungen werden. Feudale Attitüden, wie sie der Landtagspräsident pflegt, haben in einer demokratischen Gesellschaft nichts zu suchen.

2. Wenn das Vorgehen des Landtagspräsidenten Erfolg haben sollte, dann wäre dies ein Affront gegen jeden redlichen Denkmalbesitzer. Es würde einer schleichenden Zerstörung historischer Bauten Vorschub leisten, denn es fordert geradezu heraus, ebenso forsch Eigeninteresse als ein öffentliches auszugeben. Im Rahmen der Sozialbindung des Eigentums hat jeder Eigentümer eines Denkmals die Pflicht zur Erhaltung, außer wenn die Erhaltung wirtschaftlich nicht zumutbar ist. Für das Land galt das bisher nicht, es musste auf jedem Fall ihre Denkmale erhalten. Nach einer Novellierung des Denkmalschutzgesetzes gilt das jedoch nicht mehr uneingeschränkt. Aber immer muss ein öffentliches Interesse geltend gemacht werden, das erst nach Abwägung aller Interessen greifen kann. Und bei der Vorbildfunktion, die das Parlament hinsichtlich der Beachtung der Landesgesetze inne hat, sind die Auswirkungen des selbstherrlichen Verhaltens auf die BürgerInnen des Landes unabsehbar. Wehret den Anfängen!

Und ein drittes: Für die Öffentlichkeit wird die demokratisch verbriefte Gewaltenteilung von Legislative und Exekutive, hier: das gesetzgebende Parlament und die Regierung, bei diesem Vorgang nicht erkennbar. Wenn der Landtagspräsident, und mit ihm der für Liegenschaften des Landes zuständige Sozialminister(???), als Bauherr auftritt und ein Baudenkmal verändern bzw. zerstören will, dann muss der oberste Denkmalschützer, der Minister für Wissenschaft und Kultur, deutlich Stellung beziehen - so wie es die untere Denkmalschutzbehörde bei kleineren baulichen Veränderungen gegenüber Denkmaleignern auch tut. Eine interne Abstimmung in dieser Angelegenheit ist wenig demokratisch und trägt nur dazu bei, die politische Kultur nachhaltig zu schwächen.

Nach vier Jahrzehnten empfanden die niedersächsischen Landtagsabgeordneten die einst gewollte Abgeschlossenheit des Plenarsaals als „Klausuratsmosphäre“. Neuere Landtagsgebäude präsentieren sich offener, transparent und besucherfreundlicher. Hinzu kamen veränderte Arbeitsweisen, ein

erweiterter Medieneinsatz sowie technisch-konstruktive Mängel. Man entschloss sich daraufhin, einen Architekturwettbewerb auszuschreiben, den die hannoverschen Architekten Kai Koch und Anne Panse mit einem „intelligent und phantasievoll“ gelobten Entwurf gewannen. Sie formten das Halbrund zu einer kreisförmigen Sitzordnung, weiteten die Besuchertribünen und öffneten den Plenarsaal zum Innenhof hinter dem Portikus - ohne das baulich-räumliche Grundkonzept des Architekten Dieter Oesterlen aufzugeben. Im Gegenteil, sie nahmen die Bindungen ernst, die dem „geschichtsträchtigen Symbol des jungen Bundeslandes Niedersachsen“ innewohnen, und sie haben daraus angemessen und feinfühlig ein zeitgemäßes Profil entwickelt. Es ist in der Öffentlichkeit kaum nachzuvollziehen, dass der Leichtigkeit und Eleganz des Siegerentwurfs mit erhöhtem Sitzplatzbedarf und der Neuordnung der Gaststätte entgegnet wird. Mit kalkulatorischer Strenge werden reihenweise Sachzwänge aufgelistet, die Abriss und Neubau des Plenarsaals nahelegen sollen, wo doch zunächst einmal die funktionellen, konstruktiven und ästhetischen Bedingungen des Gebäudes und die Anforderungen aus der veränderten Nutzung zur Deckung zu bringen und gegeneinander abzuwägen sind. Die Forderung kann nur lauten, auf der Grundlage des Siegerentwurfs von 2002 einvernehmlich ein Konzept zu entwickeln, das Erhalt und behutsames Weiterbauen zum Ziel hat.



Podiumsdiskussion zum Landtagsumbau

**Plenarsaal Modernisierung  
Wettbewerbsergebnis 2002**



Besucherebene



Plenarsalebene



Sockelgeschoss

# Plenarsaal Modernisierung Wettbewerbsergebnis 2002



<b>Städtebau</b>	Städtebaulich ergeben sich keine Veränderungen. Begrenzte öffentliche Wirkung, nur im Sockelgeschoss und auf der Dachfläche.
<b>Denkmalschutz</b>	Die Umfassungswand des heutigen Plenarsaals wird im Osten und Westen aufgeschnitten. Der Grünhof erhält raumhohe Flügeltüren. Das Sockelgeschoss erhält zum Platz der Göttinger Sieben eine Glasfassade. Starke Zustimmung der Denkmalpflege.
<b>Erschließung</b>	Die Erschließung erfolgt wie bisher über die Wandelhalle. Eine zusätzliche Treppe erschließt die Räume im Sockelgeschoss.
<b>Funktionen</b>	Das Nebenraumprogramm wird teilweise im Sockelgeschoss untergebracht und ersetzt die vorhandene Gastronomie. Der begrenzte Raum zwischen den Saalumfangswänden erfordert eine abweichende Sitzanordnung, die Landesregierung sitzt erhöht.
<b>Konstruktion</b>	Hoher konstruktiver Aufwand für den Umbau des Sockelgeschosses.
<b>Sitzung / Bauzeit</b>	Die Plenarsitzungen müssen während der Bauphase andernorts stattfinden.
<b>Nachnutzung Plenarsaal</b>	Der Plenarsaal bleibt in seiner Funktion erhalten.
<b>Technik</b>	Die Flächen für Technik sind bei dieser Variante begrenzt und müssen evtl. auf dem Dach angeordnet werden.

- Öffentliche Wirkung nur im Sockelgeschoss und auf der Dachfläche.
- Wettbewerbssieger von 2002.
- Keine städtebaulichen Akzente.





**Abriß Plenarsaal und Neubau  
Position der Baukommission**



Besucherebene



Plenarsalebene



Sockelgeschoss



Untergeschoss

## Abriss Plenarsaal und Neubau Position der Baukommission



- Städtebau** Die Variante erfordert den Abbruch des Plenarbaus von Prof. Oesterlen. Der Neubau besteht aus einem Gebäuderiegel entlang der Leinstraße und einem öffentlichkeitswirksamen Plenarsaal an der Karmarschstraße. Der Blick aus dem Plenarsaal geht über die Leine auf den Waterlooplatz. Neben dem Plenarsaal entsteht ein offener Hof. Der Lichthof hinter dem Portikus wird durch eine transparent gedeckte Halle ersetzt.
- Denkmalschutz** Der Plenarbau aus den 50er Jahren wird durch einen städtebaulich markanten Neubau ersetzt. Verlust der Wiederaufbauarchitektur.
- Erschließung** Der Zugang erfolgt durch die Portikushalle über eine großzügige, räumlich attraktive Erschließungszone entlang des Hofes.
- Funktionen** Das Raumprogramm wird erfüllt. Das Sockel- und Untergeschoss nehmen Gastronomie, Ausstellung, Technikflächen und Stellplätze für ca. 85 PKW auf.
- Konstruktion** Im Bereich der Überbauung der U-Bahn ist eine Pfahlgründung erforderlich, sonst üblicher Aufwand.
- Sitzung / Bauzeit** Die Plenarsitzungen müssen während der Bauphase andernorts stattfinden.

- Hohe städtebauliche Qualität: Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz, Straßenraum Karmarschstr, Blick ins Regierungsviertel.
- Nutzung: Empfangshalle, Hof + Terrasse für parlamentarische Anlässe, großzügige Erschließung, ca. 85 PKW-Stellplätze in Tiefgarage.

### Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Hannover, den 11.02.2009

#### **Den Niedersächsischen Landtag nicht teuer neu bauen, sondern effizient und zeitgemäß modernisieren!**

Der Landtag wolle beschließen:

#### EntschlieÙung

Der Landtag stellt fest:

1. Der von Dieter Oesterlen entworfene Plenarsaal des Niedersächsischen Landtages ist ein wichtiges Zeugnis der Architektur der Nachkriegsmoderne.
2. Er steht als solches mit dem gesamten Ensemble der in den Neubau einbezogenen Schlossruine unter Denkmalschutz.
3. Die Landesregierung als Dienstherr der obersten Denkmalschutzbehörde und der Landtag als Gesetzgeber des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes stehen in einer besonderen Verantwortung für den Erhalt der Baudenkmäler in Niedersachsen.

Der Landtag verpflichtet sich,

1. seine Vorbildfunktion im Denkmalschutz wahrzunehmen.
2. den denkmalgeschützten Plenarsaal nicht abzureiÙen.
3. notwendige funktionale, technische und energetische Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen in enger Abstimmung mit dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalschutz so zu gestalten, dass das Oesterlengebäude in den wichtigen Teilen seiner architektonischen Substanz erhalten bleibt.
4. sich bei den Anforderungen an den zukünftigen Raumbedarf mit Blick auf die räumlichen Umgruppierungsmöglichkeiten in der Substanz, auf das unabdingbar Erforderliche zu beschränken.
5. für die bessere stadträumliche Einbindung des Landtages zu Innenstadt und Leine als Grundlage für die weitere Modernisierungsplanung einen städtebaulichen Wettbewerb, gemeinsam mit der Landeshauptstadt Hannover (soweit dort gewünscht) durchzuführen.

#### Begründung

Der Architekt Dieter Oesterlen hat mit dem Gebäude des Plenarsaals ein herausragendes Beispiel dafür gegeben, wie in der Nachkriegszeit ein behutsamer Umgang mit dem nur noch teilweise erhaltenen historischen Baubestand gefunden werden konnte. Getreu seinem Motto „Weiter bauen“ hat er eine sensible Möglichkeit gefunden, das architektonische Erbe in die eigene Gegenwart zu überführen.

Über seine architektonische Qualität hinaus ist der Landtag von Oesterlen auch ein geschichtsträchtiges Symbol für die Demokratie des jungen Bundeslandes Niedersachsen.

\*) Die Drucksache 16/898 - ausgegeben am 11.02.2009 - wird durch diese Fassung ersetzt.

Die Nachkriegsmoderne, die in diesem Bau beispielhaft sichtbar wird, gilt aus dem Blick der Architekturgeschichte inzwischen als abgeschlossene Ära. Die qualitativ wichtigen Bauwerke dieser Zeit erfordern daher einen besonderen Schutz.

Das Land als oberste Denkmalschutzbehörde hat eine besondere Verantwortung für die im eigenen Zuständigkeitsbereich befindlichen Bauten. Wenn der Landtag als Gesetzgeber des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes sich selbst über seine eigenen Anforderungen hinwegsetzen sollte, wäre dies ein fatales Signal an alle privaten Eigentümer von Baudenkmalen.

Die bisherige Entscheidung der Baukommission und des Landtagspräsidenten, bei der Standortentscheidung als Grundlage für weitere Planungen eine Variante zu wählen, die den Abriss des denkmalgeschützten Plenarsaals voraussetzt, ist auf breite Kritik gestoßen. Das Niedersächsische Amt für Denkmalpflege, der Niedersächsische Heimatbund, der Bund der Steuerzahler, die niedersächsische Architektenkammer, der Bund Deutscher Architekten, die Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL), die Berliner Akademie der Künste und zuletzt auch das Museum of Modern Art in New York kritisieren die Abrisspläne und weisen auf die hohe Bedeutung des Baus hin.

Als Grundlage für die weiteren Entscheidungen in der Baukommission zu der auf heutige Bedarfe von Demokratie und Mediengesellschaft ausgerichteten funktionalen, technischen und energetischen Modernisierung des Gebäudes kann deshalb nicht der bisher angemeldete Raumbedarf gelten. Der Landtag ist aufgefordert, sich dabei aus Denkmalschutz- und Kostengründen auf das unabdingbar Erforderliche zu beschränken. Eine seit dem Jahr 2002 verringerte Abgeordnetenzahl braucht sicherlich kein verdoppeltes Raumprogramm. Auch kann z. B. die Anforderung an Tageslicht in Besprechungsräumen, die nur an wenigen Stunden im Monat genutzt werden, zugunsten des Denkmalschutzes sicher zurückgestellt werden.

Ursula Helmhold

Parlamentarische Geschäftsführerin

Erste Beratung:

**Den Niedersächsischen Landtag nicht teuer neu bauen, sondern effizient und zeitgemäß modernisieren!** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/898

Zur Einbringung erteile ich Frau Kollegin Helmhold von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Ursula Helmhold (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es wird Zeit, dass sich der Landtag selbst einmal mit dem Thema beschäftigt, das seit Wochen bei der Fachwelt und der hannoverschen Stadtöffentlichkeit für Kopfschütteln, Ärger und Empörung sorgt.

(Dr. Bernd Althusmann [CDU]: Sie haben das erst einmal angefacht!)

Seit der Entscheidung der Baukommission für eine Standortvariante, die den Abriss des heutigen Plenarsaals voraussetzt, hagelt es Kritik. Gewerkschaft, historische Kommission, Geschichtslehrerverband, das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege, der Heimatbund, der Bund der Steuerzahler, die niedersächsische Architektenkammer, der Bund Deutscher Architekten, die Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung und viele Bürgerinnen und Bürger - sie alle meldeten sich zu Wort und äußerten massive Bedenken.

(Heinrich Aller [SPD]: Auch das Museum in New York!)

„Leichtfertig und geschichtsvergessen - sind so die Niedersachsen?“, fragte der Niedersächsische Heimatbund öffentlich. Leider muss man sagen: Ja, jedenfalls offenbar weite Teile der Mitglieder der Baukommission unter Mithilfe des Landtagspräsidenten. Der will seinen Neubau, und vor allen Dingen - so muss man leider nach den Diskussionen in der Baukommission feststellen - will er Parkplätze. Dafür wird viel in Kauf genommen: eine aufgebrachte Fachwelt und Öffentlichkeit, der Abriss eines symbolträchtigen denkmalgeschützten Gebäudes und der Verzicht auf ein transparentes Verfahren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Heinz Rolfes [CDU]: Das ist unglaublich, was Sie erzählen! - Editha Lorberg [CDU]: Das ist unglaublich!)

Meine Damen und Herren, Transparenz erreichen Sie doch nicht durch Glasfassaden. Damit entsteht nur die Illusion von Transparenz. Transparent wäre eine öffentliche Auseinandersetzung über die Abrisspläne gewesen, zu der wir den Landtagspräsidenten im vergangenen Jahr aufgefordert hatten. Leider war er dazu nicht bereit, und so haben wir selbst eine öffentliche Fachveranstaltung zum Thema durchgeführt.

Niemand, aber auch wirklich niemand, der sich mit Architektur, Stadtplanung und Denkmalpflege auskennt, kann die Entscheidung der Baukommission gutheißen. Weil Ihnen offenbar inzwischen die Argumente ausgehen und deshalb öffentlich Unwahrheiten verbreitet werden, möchte ich hier noch einmal in aller Deutlichkeit klarstellen: An dieser Entscheidung haben wir nicht mitgewirkt.

(Editha Lorberg [CDU]: Natürlich nicht!

Ich zitiere aus dem Protokoll der Sitzung der Baukommission vom 20. November 2008:

„Präsident Dinkla: Es ist mehrfach der Antrag gestellt worden - auch ich selbst habe dies zum Antrag erhoben -, den Beschluss zu fassen, Variante 7 weiter zu verfolgen. Ich lasse nun darüber abstimmen. (Zustimmung aller anwesenden stimmberechtigten Mitglieder mit Ausnahme von Parl. GF'in Helmhold.)“

Wir haben mit diesem Beschluss nichts zu tun!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Frau Kollegin Helmhold, Sie wissen, dass Sie aus nicht öffentlichen Sitzungen nicht zitieren dürfen. Ich mache Sie für künftige Reden darauf aufmerksam.

(David McAllister [CDU]: Sonst gibt sie es immer an die Presse! - Heinz Rolfes [CDU]: Ich kann gut verstehen, warum Wenzel bleiben musste!)

**Ursula Helmhold (GRÜNE):**

Wenn allerdings öffentlich Unwahrheiten verbreitet und Behauptungen über nicht öffentliche Sitzungen erhoben werden, muss es möglich sein, diese richtigzustellen. Ich sehe keine andere Möglichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN - David McAllister [CDU]: Vorsicht!)

Meine Damen und Herren, inzwischen hat der Protest die niedersächsischen Landesgrenzen weit überschritten. Es meldeten sich die Akademie der Künste aus Berlin und sogar das Museum of Modern Art in New York. Was eint die Kritiker weltweit? - Zum einen ist es die Bestürzung darüber, wie leichtfertig hier mit dem symbolisch wichtigsten Bau der jungen Demokratie in Niedersachsen umgegangen wird. Der Anbau des Architekten Dieter Oesterlen an das historische Leineschloss ist ein herausragendes Beispiel dafür, wie in der Nachkriegszeit ein behutsamer Umgang mit dem nur noch teilweise erhaltenen historischen Baubestand gefunden werden konnte.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Nachkriegsmoderne, die in diesem Bau beispielhaft sichtbar wird, gilt aus dem Blick der Architektur-

geschichte inzwischen als abgeschlossene Architekturepoche. Die qualitativ wichtigen Bauwerke dieser Zeit erfordern daher einen besonderen Schutz.

Hier sehen die Bürgerinnen und Bürger einen zweiten wichtigen Anlass zur Kritik. Das Land als oberste Denkmalschutzbehörde hat eine besondere Verantwortung für die im eigenen Zuständigkeitsbereich befindlichen Bauten.

(Zustimmung von Miriam Staudte [GRÜNE])

Wenn der Landtag als Gesetzgeber des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes sich selbst über seine eigenen Anforderungen hinwegsetzen sollte, wäre dies ein fatales Signal an alle privaten Eigentümer von Baudenkmalern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Christian Dürr [FDP]: Das stimmt doch nicht!)

Wie wollen Sie in Zukunft von einem privaten Eigentümer eines Baudenkmals eigentlich verlangen, dass er sich an die Vorschriften der Denkmalpflege hält? – Das, meine Damen und Herren, ist Politik nach George Orwell. Alle Schweine sind gleich, aber manche Schweine sind gleicher als die anderen, heißt es in „Farm der Tiere“. – Meinem Rechtsverständnis entspricht das jedenfalls nicht.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Das war eine schlimme Entgleisung. – Zuruf von der CDU: Es heißt: Alle *Tiere* sind gleich! - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Eine Sauerei ist das!)

Wie bei vielen anderen unwilligen Denkmalbesitzern werden zunehmend Scheinargumente ins Feld geführt, um den Abriss zu begründen. Beispielsweise wird gesagt, man brauche mehr Platz.

(Unruhe)

#### **Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Frau Kollegin Helmhold, Sie sagen gerade, Sie brauchen mehr Platz. Ich brauche mehr Ruhe hier im Saal. – Bitte schön, Sie können fortfahren.

#### **Ursula Helmhold (GRÜNE):**

Warum ein verkleinerter Landtag plötzlich doppelt so viel Platz brauchen soll, erschließt sich uns nicht. Dann heißt es z. B. noch, dass die Besprechungsräume unbedingt Tageslicht brauchen. Ehrlich gesagt, in diesem Raum hier sind wir 30 Tage im Jahr.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Das ist Käfighaltung!)

Der Aufenthalt in den Besprechungsräumen wird sich im Durchschnitt auf einige Minuten pro Plenartag beschränken. Dafür soll ein Baudenkmal abgerissen werden? Dafür sollen mindestens 42 Millionen Euro ausgegeben werden?

(Editha Lorberg [CDU]: Sie reißen alles aus dem Zusammenhang! Das ist ganz schlimm!)

Das lässt jede Verhältnismäßigkeit vermissen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das können Sie vor den Steuerzahlern nicht verantworten. Unsere Kinder sitzen in maroden Schulen und Hochschulen, und zwar jeden Tag!

(Norbert Böhlke [CDU]: Das hat doch damit nichts zu tun!)

Die Eltern dieser Kinder melden sich zu Recht in den Leserbriefspalten zu Wort und sind empört über die Hybris der Mehrheit dieses Parlaments.

(Unruhe)

#### **Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Und ich bin nach wie vor empört und unterbreche gleich die Sitzung. Jeder hat die Möglichkeit zu einer Kurzintervention. Jede Fraktion hat noch Redezeit. Wenn Sie vor dem Hintergrund sagen, Sie möchten eine Sitzungsunterbrechung, können wir das alle gemeinsam so durchziehen. – Danke schön, dass es jetzt ruhig ist.

Frau Kollegin Helmhold, Sie können fortfahren.

#### **Ursula Helmhold (GRÜNE):**

Meine Damen und Herren, wir Grüne stellen uns einer Sanierung des Plenarsaals nicht in den Weg. Wir haben dies auch nie getan. In der damaligen Diskussion um ständig neue Einzelmaßnahmen haben wir uns für einen teilweisen Neubau des Plenarsaals unter Klimaschutzgesichtspunkten ausgesprochen. Die Pläne für diesen teilweisen Neubau des Plenarsaals liegen mit dem Siegerentwurf des Wettbewerbs von 2002 vor. Auf dieser Grundlage kann sehr gut weitergeplant werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen keinen Protzbau, schon gar nicht in diesen Zeiten, sondern eine behutsame Modernisierung im Bestand. Wie bei jedem privaten Eigentümer eines Baudenkmals muss sich das Nutzungskonzept an die baulichen Möglichkeiten anpassen. Lassen Sie uns deshalb bescheiden sein und uns aus Denkmalschutz- und Kostengründen auf das unabdingbar Erforderliche beschränken.

Meine Damen und Herren, eigentlich gehört dieses Gebäude doch den Bürgerinnen und Bürgern des Landes. Wir als Abgeordnete sind hier Gäste, und zwar auf Zeit. Horchen Sie doch einmal in die Besuchergruppen. Reden Sie mit den Menschen, was sie von diesen Plänen halten. Ich empfehle neben Bescheidenheit auch Sensibilität, einen behutsamen Umgang mit dem historischen Erbe, den Wünschen

der Bevölkerung, den Steuermitteln und Dieter Oesterlens Baudenkmal.

(Heinz Rolfes [CDU]: Für Sensibilität sind Sie ein Musterbeispiel!)

Und dann sagen wir gemeinsam dem Landtagspräsidenten, dass er die Abrissbirne abbestellen soll.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Schwarz. Bitte schön!

#### **Hans-Werner Schwarz (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Frau Helmhold, ich habe gerade meinen Ohren nicht trauen wollen. Ich komme gleich noch darauf zurück.

Ganz offensichtlich besteht in diesem Hause Einigkeit darüber, dass etwas geschehen muss. Dies meinen jedenfalls nicht nur die Abgeordneten, sondern auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung.

Wir haben es seit Langem mit einem sehr unbefriedigenden Zustand zu tun. Wir stellen fest: Die Bausubstanz dieses Gebäudes, des Landtages ist marode. Der Raumbedarf ist nicht hinreichend gedeckt. Effektive Arbeitsabläufe sind nicht gewährleistet. Die Kommunikationsmöglichkeiten sind begrenzt. Kurzum: Die Ansprüche, die man heute zu Recht an die Abgeordneten des Parlaments und die Verwaltung stellt, sind nicht mit den Bedingungen des vorhandenen Arbeitsumfeldes in Einklang zu bringen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Diese Erkenntnis, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht neu. Schon seit Jahren beschäftigt dieses Thema alle Beteiligten. Man war ja schon relativ weit, siehe Architektenwettbewerb 2002. Schon vor zwei Jahren hatten wir diese Debatte auf dem Tisch.

Verehrte Frau Helmhold, wenn ich Ihren Beitrag jetzt nicht gehört hätte, dann hätte ich es genauso kurz gemacht, wie es Herr Bartling angedeutet hat: Wir nehmen einmal kurz dazu Stellung. - Aber jetzt bleibt mir nichts anderes übrig, als einmal auf die Historie dieser ganzen Diskussion zu verweisen.

In Ihrem Antrag steht ja - daran möchte ich erinnern; dies ist aus meiner Sicht der Kernsatz -:

„Der Landtag verpflichtet sich, den denkmalgeschützten Plenarsaal nicht abzureißen.“

Die Schlagzeilen aus dem Jahre 2007 – damals hatte ich den Eindruck, dass genau die Fraktion, die diesen Antrag jetzt eingebracht hat, ein Stück weit die Mei-

nungsführerschaft übernommen hat - lauteten folgendermaßen:

„Wird der Landtag zum Klimapalais? Grünen-Fraktion fordert Neubau statt Flickarbeiten.“

(David McAllister [CDU]: Hört, hört!)

„Bruchbude Landtag - Grüne wollen maroden Landtag teilweise abreißen.“

Ein weiteres Zitat:

„Die Grünen haben jetzt die Nase voll von dem baufälligen Gebäude. Sie fordern den Abriss des Plenartraktes.“

(Dieter Möhrmann [SPD]: Ach was!)

„Landtag als Millionengrab“

(Heinz Rolfes [CDU]: Das ist ja nur noch peinlich! - Unruhe)

- Hören Sie zu, Sie müssen es ertragen! - Noch ein

Zitat aus dem *Weser-Kurier*:

„Die Grünen fordern einen kompletten Neubau unter Klimaschutzaspekten. ‚Unser Modell kommt billiger als ein Weiterwursteln‘, sagte Herr Wenzel. ‚Wir brauchen den großen Wurf statt nur herumzufuckeln‘, forderte seine Stellvertreterin Ursula Helmhold.“

(Oh! bei der FDP, bei der CDU, bei der SPD und bei der LINKEN)

„Der marode Landtag entwickle sich zum Fass ohne Boden.“

Sehr verehrte Frau Helmhold, Sie haben behauptet, bei dieser Diskussion handele es sich um eine Provinzposse. Bedenken Sie, dass Sie selbst ein Teil dieser Provinzposse sind!

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei der SPD)

Bemerkenswerterweise hatte es damals keine offiziellen Reaktionen von Verbänden oder Interessierten gegeben, die sich bereits zum damaligen Zeitpunkt mit der Thematik ohne Weiteres offensiv hätten auseinandersetzen können.

Landtagspräsident Dinkla hat dann 2008 erneut die Initiative ergriffen und ein konkretes Aufarbeiten der Problematik eingefordert. Entsprechend der Sachlage sind Schritte unternommen worden, die der Öffentlichkeit dann auch bekannt gemacht worden sind. Wir haben uns intensiv mit einer Bestandsaufnahme innerhalb des Hauses befasst.

Wir haben uns Landtagsgebäude angeschaut, bei denen bereits gehandelt worden ist. Wir wollen das Rad ja nicht neu erfinden. Wir haben gesehen, wie man etwas machen kann, und wir haben gesehen,

wie man etwas nicht machen sollte. Wir haben Alternativen diskutiert. Eine Baukommission wurde gegründet. Es wurde also reichlich Gehirnschmalz verwendet, um entsprechende sachgerechte Empfehlungen aussprechen zu können.

Vor diesem Hintergrund lohnt es sich, noch einmal auf den Architektenwettbewerb einzugehen, der 2002 stattgefunden hat. Damals dominierte der Denkmalschutz die Ausschreibung. Die Leineschloss-Gaststätte war nicht Bestandteil des Anforderungsprofils. Ebenso wurde die Problematik des Innenhofes nicht gesehen und damit auch nicht berücksichtigt. Heute ist das anders.

Legt man zugrunde, was die Grüne-Fraktion will, dann muss man wissen, dass der Ring, der diesen Plenarsaal umfasst, aus statischen Gründen erhalten bleiben muss; denn sonst bricht hier alles zusammen. Daraus folgt zwingend, dass wir an Vorgaben gebunden sind, die uns in Bezug auf Funktionsfähigkeit, effizientere Arbeitsabläufe, Transparenz und städtebauliche Darstellung als Teil der Identifikation mit dem Land Niedersachsen erheblich einschränken.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Jeder, der in der Kommunalpolitik tätig gewesen ist, weiß, dass es unglaubliche Probleme geben kann, wenn man alte und neue Bausubstanz miteinander verbinden muss. Ich sage es ganz deutlich: Unter den gegebenen Umständen befürchte ich ein erhöhtes Risiko für den Fall, dass wir den alten Plenarsaal erhalten müssten. Das, verehrte Frau Helmhold, könnte in der Tat ein Fass ohne Boden werden.

Abschließend möchte ich bemerken, dass wir die Einlassungen der Verbände nicht nur mit größtem Respekt zur Kenntnis nehmen. Nein, sie spielen schon deshalb eine große Rolle, weil zu spüren ist, dass da eine Menge Herzblut drinsteckt. Allerdings wird der Landtagsneubau nach meiner Kenntnis nur hier in Hannover hochemotional behandelt. Draußen im Lande spielt das eher eine untergeordnete Rolle. Dort wird mehr die Frage gestellt: Wann soll das eigentlich endlich fertig werden?

Aus all den Diskussionen ziehe ich eine wichtige Erkenntnis, die man mir hier in Hannover des Öfteren mit auf den Weg gegeben hat: „Egal, wie Sie sich entscheiden, Sie werden immer den Wind von vorne bekommen. Also entscheiden Sie!“

Für die FDP-Fraktion spreche ich mich nach wie vor für die Variante 7 aus, in der Hoffnung, dass es über einen Architektenwettbewerb gelingt, ein Gebäude zu erstellen, das der städtebaulichen Entwicklung hilft und bei dem man unter dem Strich erkennen kann: Das sind die Niedersachsen - sachlich, seriös, ohne Schnörkel, aber mit einem sympathischen Äußeren.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herzlichen Dank. - Zu einer Kurzintervention auf den Kollegen Schwarz hat Herr Kollege Hagenah von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Anderthalb Minuten!

(Heiner Schönecke [CDU]: Das hätte ich jetzt nicht gemacht!)

**Enno Hagenah (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schade, dass es außer mir mittlerweile keine Architekten mehr im Landtag gibt.

Herr Schwarz, die Statik dieses Gebäudes ist bestens erfasst. Wir befinden uns nicht in einem dunklen Bereich von jahrhundertealten Gebäuden. Dieses Gebäude ist 1963 fertig gestellt worden. Alle Pläne liegen vor. Die zuständigen Architekten, die Kammern versichern uns, dass sie das sehr gut in den Griff bekommen.

Es ist die Gnade des späten Einzugs ins Parlament, Herr Schwarz, dass Sie offensichtlich nicht wissen, wie in dem Wettbewerb 2002 ein Neubau dieses Plenarbereichs in unterschiedlichsten Varianten diskutiert worden ist. Ich glaube, damals hat es zehn prämierte Entwürfe gegeben, die in unterschiedlichster Form dargestellt haben, was an Möglichkeiten realisierbar ist.

(Christian Dürr [FDP]: Sie haben doch damals einen Neubau gewollt!)

Der einzige Unterschied zwischen 2002 und heute ist, dass Sie mit Ihrer Mehrheit aus dem Nichts heraus plötzlich sagen: Dieser Plenarsaal braucht doppelt so viel Fläche.

(Zuruf von Christian Dürr [FDP])

- Herr Dürr, dass 2007 keine Kritik von den Verbänden kam, lag daran, dass wir allen immer gesagt haben: Unser teilweiser Neubau basiert auf den Wettbewerbsergebnissen von 2002.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Kein Abriss!)

Sie können jetzt daran herumdeuteln, was Sie wollen: Wir haben diese Basis nie verlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser zusätzliche Flächenanspruch ist der Kern des Problems, mit dem Sie der Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen wollen, weil er sich aus nichts heraus begründet - - -

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Das ist gerade ein schöner Schlusspunkt gewesen. Danke schön, Herr Hagenah.

(Beifall bei den GRÜNEN)



Herr Kollege Schwarz möchte antworten. Auch Sie haben anderthalb Minuten Zeit.

**Hans-Werner Schwarz (FDP):**

Herr Kollege Hagenah, ich finde es sehr gut, dass wir Architekten wie Sie unter uns haben. Aber wir brauchen auch Architekten, die nachdenken.

(Beifall bei der FDP)

Das haben Sie in diesem Fall nicht getan.

Herr Kollege Hagenah, wenn Sie sich mit dem damaligen Entwurf und vor allen Dingen mit dem, was jetzt vorliegt, wirklich ernsthaft beschäftigt hätten, dann hätten Sie festgestellt, dass es unterschiedliche Anforderungsprofile gibt. Seinerzeit wurde die Vorgabe gemacht, in erster Linie den Denkmalschutz zu berücksichtigen. Das war der Schwerpunkt der damaligen Diskussion, übrigens zeitgleich mit Diskussionen, die im Zusammenhang mit dem Reichstagsgebäude gelaufen sind; daran möchte ich nur erinnern.

Ich sage Ihnen: Wir haben jetzt andere Voraussetzungen, die Sie übrigens ganz am Anfang mitbeschlossen und bei denen Sie mitdiskutiert haben. Sie haben gesagt: Wir wollen jetzt neue Anforderungen erfüllen. Das ist ein Unterschied zu damals. Deswegen haben wir andere Bedingungen, und deswegen haben wir auch andere Entscheidungen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herzlichen Dank. - Für die Fraktion DIE LINKE hat nun Frau Kollegin Reichwaldt das Wort.

**Christa Reichwaldt (LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir besprechen heute ein Thema, das so alt ist wie die Bundesrepublik: die Frage nach dem richtigen Verhältnis von Repräsentation und Funktionalität in einem republikanischen Staat. Demokratien errichten nichts für die Ewigkeit, weder Gesetze noch Gebäude.

(Beifall bei der LINKEN)

In seinem immer noch Maßstäbe setzenden Vortrag mit dem Titel „Demokratie als Bauherr“ von 1961 hat Adolf Arndt gesagt, dass es beim Bauen um ihre „von innen her politisch aufgefasste Gestalt und ihren Geist“ gehe. „Erst bauen Menschen Häuser, dann bauen Häuser Menschen.“ Auch im Verhältnis zur Architektur bestimmt das Sein das Bewusstsein.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist somit auch das Recht dieser Generation von Parlamentarierinnen und Parlamentariern, die Frage zu stellen, ob der Niedersächsische Landtag in dieser Form noch den Geist einfängt, der den Parlamentarismus unserer Ansicht nach prägen sollte.

Die Linke hat dafür klare Bewertungsmaßstäbe. Ein moderner Landtag sollte öffentlich zugänglich sein, transparent arbeiten und ökologisch in jeder Hinsicht vorbildlich sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Vor diesem Hintergrund werden wir den Prozess zur Entscheidung über die Baumaßnahmen bewerten.

Denkmalschutz ist wichtig. Ich liebe Architektur. Ich betrachte Architektur wie Kunst und Musik. Sie muss mir gefallen. Das trifft durchaus auch auf moderne Architektur zu. Dieser Plenarsaal ist leider mit meinem ästhetischen Empfinden nicht sehr kompatibel. Glauben Sie mir, ich stehe mit dieser Meinung nicht allein. Ich bin gebürtige Hannoveranerin und habe diese Stadt nie verlassen. Der Oesterlen-Bau war immer umstritten. An die Auseinandersetzung um den Neubau in meiner Kindheit kann ich mich sogar noch erinnern. Also nur eine Geschmacksfrage? - Parlamente sollen unserer Meinung nach offene Häuser sein. Die Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit haben, ihren Parlamentariern bei der Arbeit über die Schulter zu schauen. Nun scheint Oesterlen bei aller Anerkennung der Bedeutung seiner Architektur von solchen Erwägungen bei seinem Entwurf eher weniger inspiriert worden zu sein. Das mag Anfang der 60er-Jahre nicht die allgemeine Vorstellung von einem Parlament gewesen sein. Man bekommt bei unserem Plenarsaal doch eher die Assoziation eines Bunkers und könnte auf die Idee kommen, die Bürgerinnen und Bürger sollten vom Parlament ferngehalten werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Mich persönlich erinnern die Fahnenhalter eher an ein mittelalterliches Gruselszenario. Das darf kein Argument gegen den Oesterlen-Bau sein. Das Argument des Denkmalschutzes allein ist für uns aber nicht ausreichend für die Entscheidung für oder gegen einen Neubau. Leider hebt der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausschließlich auf diesen Aspekt ab. Uns reicht das nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn nun doch ein Umbau die Lösung ist, dann sollte die beschriebene größere Offenheit gegeben sein, und noch andere Kriterien sind zwingend. Ökologisch ist der Landtag in seinem jetzigen Zustand eine Katastrophe. Wir brauchen mehr Platz, nicht in erster Linie für die Abgeordneten, aber für die Bürger und die tägliche Arbeit.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei der CDU)

Klar ist für uns, dass ein Umbau oder Neubau nicht finanziert werden darf, indem bei der Bildung, im Sozial- oder im Gesundheitswesen zusätzlich gespart wird. Das Gebäude muss aber auf jeden Fall saniert werden, und das wird Geld kosten.

Welche Lösung ist günstiger? - Für uns ist nicht sicher, ob ein Umbau mit dem Erhalt des Oesterlen-Baus unter Einbeziehung aller Kriterien - Offenheit, Nachhaltigkeit, energetische Gesichtspunkte - letztendlich nicht teurer als ein Neubau werden wird. Die Kriterien, die für den Architektenwettbewerb 2002 galten, können jetzt nicht mehr angelegt werden. Das Land Sachsen-Anhalt hat genau die Erfahrung gemacht, dass es dann eben teurer wird.

Meine Damen und Herren, ich sehe keine belegbaren Fakten, dass ein Umbau wirklich entscheidend günstiger würde. Eine wirklich billigere Lösung würde unseren Ansprüchen an ein offenes Parlament nicht mehr gerecht. Eine Bedingung bleibt allerdings: Solange Schulgebäude, Krankenhäuser und Universitäten verfallen, brauchen wir für die ca. 30 Tage, die wir uns im Jahr hier aufhalten, kein neues Gebäude.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch hier gilt: erst das Land, dann die Parteien und die Abgeordneten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Umbau des Oesterlen-Plenarsaals, der unsere Kriterien erfüllt und erwiesenermaßen nur die Hälfte des Veranschlagten kostet, würde mit Sicherheit die Zustimmung unserer Fraktion finden. Ein solches Konzept sehen wir im Moment nicht. Ich würde mir wünschen, hier endlich verlässlichere Zahlen zu bekommen. Noch eines: Egal, ob Umbau oder Neubau, wie wollen wir ein offenes Parlament verwirklichen, wenn wir unsere Ausschusssitzungen abschotten und eine Bannmeile um das Parlament legen?

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön. - Zu einer Kurzintervention erteile ich Frau Kollegin Helmhold von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für anderthalb Minuten das Wort. Bitte schön!

**Ursula Helmhold (GRÜNE):**

Frau Kollegin Reichwaldt, der Umgang mit Baudenkmalern sollte sich, wie ich glaube, nicht vom persönlichen Geschmack leiten lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn es um Geschmack ginge, hätte Hannover - Sie sind Hannoveranerin; Sie wissen das - heute beispielsweise nicht die Nanas am Leineufer stehen. Ich kann mich an die Diskussion darüber noch ziemlich gut erinnern.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Ich finde die schön!)

- Ja, das ist aber auch eine Geschmacks-kategorie. Zumindest im Umgang mit Baudenkmalern darf sie

nicht gelten. Ich sage es Ihnen noch einmal: Dieser Plenarsaal ist wirklich überholungsbedürftig. Er ist unter energetischen Gesichtspunkten überholungsbedürftig. Eine entsprechende Änderung kann aber auch auf der Grundlage des Wettbewerbsentwurfs von 2002 erfolgen. Es muss also nicht ein Abriss erfolgen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Dr. Bernd Althusmann [CDU]: Wir sind sieben Jahre weiter!)

All die Varianten, die jetzt ins Spiel gekommen sind, waren ja von den Fesseln der Denkmalpflege quasi befreit. Es konnte vollkommen frei geplant werden. Beim Architektenwettbewerb damals gab es allerdings die erwähnten Fesseln. Ich habe in der Baukommission einen Vorschlag unterbreitet. Ich frage mich wirklich, warum Sie sich nicht dem Vorschlag anschließen konnten, zu sagen: Lassen Sie doch wenigstens den jetzt anstehenden Wettbewerb so offen sein, dass die Architekten neben der Variante 7, die den Abriss voraussetzt, die Freiheit haben, eine Veränderung im Bestand zu planen. Wenn Sie sich die Pläne von Koch Panse ansehen, stellen Sie fest, dass darin sozusagen Luft ist. Wenn die Kriterien, die für die Wettbewerbsvorbereitung gelten, angelegt werden, ist somit eine ganze Menge möglich. Man muss also nicht mit der Abrissbirne an dieses wichtige Denkmal herangehen. Das ist alles, was ich von Ihnen verlange.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön. - Für die Fraktion DIE LINKE antwortet Frau Kollegin Flauger. Bitte schön!

**Kreszentia Flauger (LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Helmhold, Ihnen ist doch sicherlich bekannt, dass sich die Gesetzeslage inzwischen geändert hat und dass die Situation von 2002/03 eben nicht mehr gegeben ist. Wenn jetzt an diesem Gebäude etwas getan würde, würden andere Vorschriften hinsichtlich der energetischen Dämmung und der energetischen Bauweise zugrunde gelegt werden müssen, als es damals der Fall war. Das führt natürlich auch zu einem unterschiedlichen Ergebnis bei dem Vergleich der Kosten von Abriss oder Neubau bzw. Sanierung des vorhandenen Gebäudes. Dies muss man betrachten. Sie können nicht einfach so tun, als könnte man das, was heute ist, auf der Grundlage von 2002 1 : 1 vergleichen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön. - Frau Wegner hat sich ebenfalls zu Wort gemeldet. Ihr stehen zwei Minuten Redezeit zur Verfügung. Bitte schön!

**Christel Wegner (fraktionslos):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen meine Auffassung zu dem Neubau vortragen. Ich finde, man darf dieses Landtagsgebäude nicht abreißen. Man darf dies aus Denkmalschutzgründen nicht tun, also wegen des Grundgedankens dieses Baus, der ein Symbol des Neuanfangs nach der Zeit des Nationalsozialismus ist. Man darf es schon deshalb gar nicht tun, weil wir uns in einer Zeit befinden, in der Steuergelder statt in soziale Projekte u. a. in marode Banken investiert werden, obwohl in Niedersachsen laut Statistischem Landesamt immer noch jedes sechste Kind in Armut lebt. Das verplante Geld für eine energetische Sanierung des Landtages aufzuwenden und den Rest in sinnvolle soziale Projekte zu investieren, ist den Menschen in Niedersachsen eher zu vermitteln, als wenn sich die Bürgerinnen vorstellen müssen, dass sich hier jemand ein Denkmal baut, damit 152 Abgeordnete ca. 300 Stunden im Jahr - das muss man sich einmal vorstellen! - komfortabel tagen können. Um Transparenz herzustellen, müssen Konzepte entwickelt werden. Diese Konzepte müssen gleichzeitig mit Alternativen zu einem Abriss des Landtagsgebäudes entwickelt werden.

Danke sehr.

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön. - Die nächste Wortmeldung ist die des Kollegen Bartling von der SPD-Fraktion. Bitte schön!

**Heiner Bartling (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schwarz hat schon einiges von dem, was man zum Antrag der Grünen sagen kann, vorweggenommen. Das erspart mir einiges. Ich halte das, was die Grünen da aufgeschrieben haben, für blanken Populismus.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich möchte, dass wir sehr schnell eine Entscheidung treffen, damit die Arbeitsmöglichkeiten der Abgeordneten verbessert werden und ein funktionsfähiges Landtagsgebäude zur Verfügung steht. Wir gehen davon aus, dass es im Rahmen des Architektenwettbewerbs trotz der Entscheidung der Baukommission für die Standortvariante 7, an der die Grünen in der Tat nicht beteiligt waren, weil niemand von ihnen da war, dennoch möglich sein wird, die vorhandenen Wände entweder zu erhalten oder aber auch abzureißen. Diese Offenheit möchten wir in diesem Wettbewerb gern erhalten wissen, damit nicht wieder der Vorwurf erhoben werden kann, dass hier sofort mit der Abrissbirne gearbeitet werden soll. Wir wollen einen Abriss aber für den Fall ermöglichen, dass es im Interesse der von uns gestellten Anforderungen an die Funktionalität des Landtagsgebäudes keine andere Lösung geben sollte.

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herr Kollege Bartling, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Helmhold?

**Heiner Bartling (SPD):**

Ja, gern.

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Frau Helmhold!

**Ursula Helmhold (GRÜNE):**

Herr Kollege Bartling, ich bitte Sie um Beantwortung der Frage, wie Sie darauf kommen, dass die Fraktion der Grünen in der Sitzung der Baukommission, in der die Standortvarianten diskutiert worden sind, nicht zugegen war.

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herr Bartling!

**Heiner Bartling (SPD):**

Das ist meine Erinnerung.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Die trägt!)

Ich war da. Auch die Kollegen Möhrmann und Althusmann waren da. Ich meine, mich daran zu erinnern, dass die Grünen, als wir einstimmig votiert haben, nicht da waren. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich mich falsch erinnern sollte. Dann nehme ich das zurück. Ich möchte hier keine falschen Vorwürfe erheben. Jedenfalls waren Sie die Einzige, die nicht mitgestimmt hat. Ich bitte um Entschuldigung; dann erinnere ich mich an dieser Stelle falsch.

Meine Damen und Herren, mir geht es darum, dass wir relativ zügig zu einem Ergebnis kommen; denn wir haben dieses Thema schon über viele Jahre hinweg diskutiert. Dieses Thema findet jetzt eine breite Mehrheit. Wenn wir es jetzt nicht über die Bühne bekommen, glaube ich nicht, dass wir es später werden verwirklichen können. Das ist für mich ein ganz wichtiger Gesichtspunkt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Natürlich bin ich ein bisschen erschüttert über die Begründung zum Antrag der Grünen, in der darauf hingewiesen wird, dass wir nur drei Tage pro Monat im Plenarsaal tagen. Das ist wie eine Geschichte, die mir eine Parteifreundin in der S-Bahn erzählte. Die fragte mich: Muss das denn sein? Drei Tage im Monat sitzt ihr da, und dafür wollt ihr so viel Geld ausgeben? - Wenn ich die Diskussion über ein Parlamentsgebäude, über die Symbole von Demokratie auf diesem Niveau führe, werde ich nie die Möglichkeit haben, in vernünftigen Räumen zu tagen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Dann kann ich diese drei Tage auch in irgendeiner Messehalle tagen. Jemand, der glaubt, davon ein wenig zu verstehen, hat mir auf meine Frage hin, ob

er das, was er jetzt über den Umbau des Landtages sagt, auch über den Umbau des Reichstags gesagt hat, geantwortet: Na, das ist etwas ganz anderes. - So ein Verständnis von parlamentarischer Arbeit in Niedersachsen habe *ich* nicht. Mein Verständnis geht vielmehr dahin, dass wir neben allen anderen öffentlichen Gebäuden, die wir natürlich in Ordnung halten wollen - das sind Schulen, Gerichte, Gefängnisse und vieles andere mehr -, auch das Parlament nach außen hin in einem guten Zustand erhalten und in einem Gebäude unterbringen müssen, das genau das Prinzip dokumentiert, für das wir hier arbeiten, nämlich die Demokratie.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Darum sollten wir schnell zu einer Entscheidung kommen.

Nun ein letztes Wort zu denjenigen, die angeblich die aufgebrachte Öffentlichkeit darstellen. Der Herr Professor aus New York schreibt, wenn ich es richtig gelesen habe, eine Dissertation oder eine Habilitation über Herrn Oesterlen. Wenn der etwas Positives über Herrn Oesterlen schreibt, dann wird der wahrscheinlich der Meinung sein, dass das Landtagsgebäude etwas sei, was man erhalten müsste. Das ist völlig klar. Zu den Zeugen für die öffentliche Aufregung, die Sie hier herangezogen haben, sage ich lieber nichts mehr.

Zum Steuerzahlerbund habe ich mich öffentlich schon so oft geäußert, dass ich jetzt nur Ärger kriegen würde.

Meine Damen und Herren, eine große öffentliche Aufregung sehe ich also nicht. Wir wollen ein konstruktives Gespräch auch mit den Hannoveranern. Wir haben mit den Ratsvertretern schon gesprochen, die der Meinung sind, dass wir mit einem sofortigen Abriss vorsichtiger umgehen sollten. Deshalb unsere Auffassung: Lassen Sie uns einen Wettbewerb durchführen! Wenn bei diesem Wettbewerb herauskommen sollte, dass die Wände stehen bleiben können, dann okay. Sollte aber herauskommen, dass die Wände abgerissen werden müssen, dann werden wir auch dem zustimmen und möglichst schnell eine entsprechende Entscheidung herbeiführen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön. - Herr Kollege Hagenah von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte kurz intervenieren. Eineinhalb Minuten!

(David McAllister [CDU]: Könnt ihr nicht ein einziges Mal auf eine Kurzintervention verzichten?)

**Enno Hagenah (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass uns die zur Diskussion stehende Frage durchaus etwas länger beschäftigen sollte. Deshalb verstehe ich das Gemurmel aufseiten der CDU nicht.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Sie verstehen vieles nicht!)

Herr Bartling, Sie haben nicht nur hinsichtlich der Protokolle, sondern auch hinsichtlich der Doktorarbeiten einiges durcheinander gebracht. Die Kollegin, die wir zu unserer Anhörung hier im Hause eingeladen hatten, schreibt ihre Doktorarbeit über diese Frage an der Uni Braunschweig. Der Kurator des Museum of Modern Art hat hierzu keinerlei Dissertationen oder Doktorarbeiten geschrieben. Die Leute melden sich außerdem ganz von selbst, weil sie durch Artikel in der *Bauwelt* und in der *Süddeutschen Zeitung* darauf aufmerksam gemacht worden sind. Heute schreibt auch *Die Zeit* über dieses Thema. Dieses Thema schlägt bundesweit Wellen.

Ich möchte jetzt auf Ihr Argument eingehen, bei dem Sie sehr genau aufpassen müssen, weil es ein Scheinargument ist. Die Entscheidung, den Wettbewerb zu öffnen, macht nur dann einen Sinn, wenn Sie sich auch dazu entscheiden, das bisher völlig willkürliche und bislang von noch niemandem beschlossene Raumprogramm auf ein realistisches Maß zu reduzieren. Mit diesem Raumprogramm in seiner bisherigen Form würden Sie eine Realisierung innerhalb der Oesterlen-Mauern unmöglich machen. Bisher ist dieses Raumprogramm nicht beschlossen worden. Wenn Sie es mit einem offenen Wettbewerb tatsächlich ernst meinen, sollten Sie mit uns daran arbeiten, das besagte Raumprogramm auf das wirklich notwendige Maß zu reduzieren.

Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Vielen Dank. - Herr Bartling möchte antworten. Auch Sie bekommen dafür anderthalb Minuten Redezeit. Bitte schön!

**Heiner Bartling (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben Voraussetzungen beschlossen, unter denen wir den Wettbewerb durchführen wollen. Von diesen Voraussetzungen werden wir nicht abweichen. Ich halte diese Dinge für richtig, die auch von dem Wettbewerb abweichen, der vorher stattgefunden hat. Das hat Herr Schwarz hier schon gesagt. Ich denke hierbei u. a. an die Einbeziehung von anderen Gebäudeteilen. Wenn wir die nicht mit einbeziehen würden, müssten wir die massiv sanieren. Wer das einfach negiert, geht an den Realitäten vorbei.

Auch ich lege großen Wert darauf - Heiner Aller hat mich noch einmal darauf aufmerksam gemacht -, dass wir in die Entscheidung über die Ergebnisse des Wettbewerbs auch Vertreter aus Hannover einbinden, damit diese Entscheidung so in die Stadtplanung einbezogen werden kann, wie es notwendig ist. Bislang ist mir von der Stadt Hannover signalisiert worden, dass das, was bisher vorgesehen ist, dort Zustimmung findet.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön. - Nächster Redner für die CDU-Fraktion ist der Herr Kollege Dinkla. Sie haben das Wort. Bitte schön!

**Hermann Dinkla (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich stelle fest: Die breite Mehrheit dieses Hauses stellt die Notwendigkeit an sich nicht infrage. Das ist unstrittig.

(Beifall bei der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe mir die Mühe gemacht, die im Haus vorliegenden Unterlagen durchzusehen. Seit dem Jahr 1994 befasst man sich hier mit Umbau, Veränderungen, Anpassungen, mit der ständigen Aktualisierung, mit der Instandsetzung und auch mit der Modernisierung. Passiert ist bislang aber viel zu wenig. Wir haben jetzt eine Ausgangssituation, die dringendes Handeln wirklich erfordert.

(Beifall bei der CDU)

Im jetzigen Verfahren hat es aber keine Geheimdiplomatie gegeben. Es gibt auch keine einsamen Entscheidungen des Landtagspräsidenten. Es gibt jetzt im Gegensatz zum Jahr 2002 ein wirklich offenes und transparentes Verfahren, Frau Kollegin Helmhold. All die Maßnahmen, die wir bislang im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt haben - gemeinsam mit den Medien, Internetpräsentationen, die für alle Bürger zugänglich sind, Gespräche mit der Stadt und vielen anderen -, zeigen, dass der Wille da ist - auch bei mir persönlich -, nicht abzuschotten. Stattdessen öffnen wir uns für die Argumente und auch für die Diskussion. Insofern weise ich Ihren Vorwurf, dass hier auf Transparenz verzichtet würde, mit allem Nachdruck zurück.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Fest steht ja, dass verschiedene Verbände Kritik geübt haben. Sie haben sie aufgelistet. Dazu stehe ich auch. Ich sage Ihnen aber auch Folgendes: Ich habe mit allen Verbänden - auch mit denen, die es nicht für nötig erachtet haben, einen Brief an den Landtagspräsidenten zu schreiben - Gespräche geführt. Mit allen! Ich habe Gesprächsangebote unterbreitet. Ich glaube, auch das spricht dafür, dass wir uns hier nicht abschotten, sondern uns mit unseren Argumenten in die Auseinandersetzung einbringen wollen.

Man muss bei der Kritik differenzieren und aufpassen, worum es geht. In den Unterlagen seit 1994 findet sich immer wieder Fundamentalkritik. Darauf sind Sie ja eben eingegangen, Frau Kollegin. Sie haben auch, wie es immer wieder geschieht, Leserbriefe aufgegriffen, in denen es heißt, dass die Schulen saniert werden müssen und dass das Geld dann in anderen Bereichen fehlt. Ich glaube, das ist eine Auffassung, die für andere Argumente wenig zugänglich ist. Das ist meiner Ansicht nach nicht angemessen. Dies haben auch die Beiträge der anderen Kolleginnen und Kollegen deutlich gezeigt.

Es gibt - auch das muss ich sagen - über die gesamte Phase hinweg eine fachlich exzellente Begleitung durch das Staatliche Baumanagement und auch durch das beteiligte Architekturbüro. Vor allem gibt es eines: eine unzweifelhaft demokratische Legitimation der Baukommission. Auch das stelle ich mit allem Nachdruck fest.

(Zustimmung bei der CDU)

Eines wird es nicht geben - das darf ich in aller Offenheit sagen -: Im Hinblick auf das, was wir hier vorhaben, wird es kein Diktat von außen geben. Nach sorgfältiger Abwägung entscheidet dieser Landtag souverän und eigenständig über das, was und wie gebaut wird, und nicht aufgrund von Einflüssen von außen. Ich glaube, das ist etwas, was wir hier noch einmal mit allem Nachdruck betonen sollten.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

Wir wollen - ich hoffe, das tun alle - aus dieser Bunkersituation hier heraus. Ziel der Verwirklichung ist ein Höchstmaß an Funktionalität, Wirtschaftlichkeit, Energietechnik, Mediengerechtigkeit, Barrierefreiheit und Besucherfreundlichkeit.

Ich will noch einmal etwas zu dem Argument sagen, der Landtag tage ja nur drei Tage im Monat. Dieses Argument verstehe ich überhaupt nicht; denn wir haben, wenn wir diesen Bau verwirklichen, auch eine Diskussion darüber zu führen, wie wir uns die Öffnung des Parlaments insgesamt vorstellen. Ich stelle fest, dass in den letzten zwei Wochen aufgrund hervorragender Veranstaltungen bzw. Ausstellungen hier im Hause annähernd 1 500 Gäste gewesen sind, die durchaus auch hier im Plenarsaal waren. Insofern kann man das nicht darauf reduzieren, dass man sagt: nur drei Sitzungstage und sonst gar nichts. - Diese Argumentation ist völlig falsch.

(Beifall bei der CDU sowie Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Wir müssen uns auch mit dem künftigen Öffentlichkeitskonzept befassen.

Ich will dann noch einiges zu dem Antrag und der Position der Grünen sagen. Ich muss mich etwas zurückhalten, Frau Kollegin. Aber ich sage in aller

Offenheit: Was Sie hier politisch vollführen, ist ein doppelter Rittberger nach dem anderen; denn die Position, die Sie im letzten und auch im vorletzten Jahr, also 2007, nach außen vertreten haben – der Kollege Schwarz ist darauf eingegangen -, haben Sie ja nun nicht so ganz echt wiedergegeben. Sie haben nämlich seinerzeit, wie in den Unterlagen nachzulesen ist, ausgeführt, dass mit einem neu gebauten Plenarsaal eine Reduzierung deutlich unter den Niedrigenergiehausstandard erreicht werden könnte. Angesichts dessen halte ich fest: Was sich jetzt vollzieht, Ihre späte Liebe zu Oesterlen, das ist Populismus pur.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei der FDP und bei der LINKEN)

Es gibt natürlich Unterschiede zu der Situation des Jahres 2002. Das wird ja niemand leugnen wollen. Es gibt eine andere Situation in der Portikushalle. Ferner ist das Sockelgeschoss mit einzubeziehen; das ist im Jahre 2002 überhaupt nicht gemacht worden. Sicherlich muss auch im Hinblick auf den Gaststättenbereich neu definiert werden, wie mit Besuchern umgegangen werden soll. Es gibt einen neu definierten Raumbedarf. Vor allem aber gibt es eines, nämlich ein anders artikuliertes Interesse der Landeshauptstadt Hannover, die im Gegensatz zu 2002 jetzt ganz klar sagt: Wir möchten, dass mit der baulichen Veränderung des Landtages eine städtebauliche Bereicherung einhergeht.

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn wir nur hier in der Kubatur bauen, dann ändert sich überhaupt nichts. Das muss man einmal eindeutig festhalten.

Der damalige Siegerentwurf - das sage ich in aller Klarheit - weist, bezogen auf die jetzigen Ansprüche, erhebliche Mängel auf. Das, was in den Zeitungen stand, dass diese Ansprüche zu 90 % erfüllt werden können, stelle ich schlicht und ergreifend infrage. Das wird nämlich nicht erreicht. Deshalb führt kein Weg daran vorbei, dass wir einen neuen Architektenwettbewerb durchführen. Dies sollten wir auch schon aus wettbewerbsrechtlichen Gründen tun. Wenn wir jetzt die Vorschläge von 2002 quasi reaktivieren, den Betreffenden die Chance zur Nachbesserung geben, möglicherweise nur dem Ersten, der dann die Vorschläge des Dritten übernimmt, dann werden - das liegt doch auf der Hand - wenige Tage später die Rechtsanwälte vor der Tür stehen. Das sollten wir uns schon aus diesem Grund nicht zumuten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und bei der LINKEN - Enno Hagenah [GRÜNE]: Das war in Berlin beim Reichstag auch so!)

Es geht überhaupt nicht um das Schlechtrede der Architektur von Oesterlen. Aber im Ergebnis können wir mit einem neuen Architektenwettbewerb die

Chance auf einen großen, architektonisch brillanten und städtebaulich besonders reizvollen Entwurf bekommen.

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herr Kollege Dinkla, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hagenah?

**Hermann Dinkla (CDU):**

Im Moment nicht. Ich möchte das im Zusammenhang darstellen. Anschließend können wir das gerne noch einmal besprechen.

Das, was ich eben gesagt habe, werden wir am Ende des Architektenwettbewerbs zu bewerten haben.

Ich will noch etwas in aller Deutlichkeit sagen – das klang beim Kollegen Schwarz bereits an -: Derzeit ist es so, dass sich die Oesterlen-Anhänger – wenn ich das so formulieren darf - in der Presse sehr stark darstellen. Aber zur Wahrheit gehört, dass ich Ihnen als Präsident in aller Klarheit sage: An mich gerichtete Mitteilungen, Telefonate, Briefe oder E-Mails sagen auch etwas völlig anderes. Ich will Ihnen das Drastischste hier gar nicht übermitteln. Aber dort ist immer wieder von einem schnellst möglichem Abriss des Plattenbaus, des Bunkers, des Kastens - um nur drei Begriffe zu zitieren - die Rede. Diese Stellungnahmen werden jedoch nicht öffentlich gemacht, weil befürchtet wird, dass in der öffentlichen Diskussion dann von hier und da starker Gegenwind kommt bzw. der eine oder die andere dann auch niedergemacht wird. Das will man nicht. Ich sage aber - das gehört zur wahrheitsgemäßen Betrachtung dazu -, dass es, was die Bewertung, auch in architektonischer Hinsicht, angeht, sehr unterschiedliche Positionen gibt, die zum Teil sehr krass sind. Das geht übrigens so weit, dass auch gesagt wird, man könne jetzt auch historische Pläne von Georg Ludwig Laves, die damals nicht verwirklicht worden sind, umsetzen.

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal auf das eingehen, was von der Landeshauptstadt Hannover hierzu vorgebracht wird. Es ist erforderlich, dass wir das Einvernehmen mit der Landeshauptstadt Hannover herstellen. Deshalb sage ich in aller Klarheit - damit gehe ich auf das ein, was Herr Kollege Bartling hier gesagt hat -: Ich bin dafür, die Landeshauptstadt in die Jury mit einzubinden. Das war für mich eigentlich - wenn ich das so sagen darf - gesetzt. Es hat ja auch im Vorfeld viele Gespräche mit der Landeshauptstadt gegeben. Dort ist das breit diskutiert worden. Aus der Landeshauptstadt sind auch an mich persönlich Wünsche herangetragen worden, die jetzige Chance zu nutzen und eine Veränderung des Platzes der Göttinger Sieben sowie die Anbindung an die Leine mit in die Planung einzubeziehen. Das sollten wir jetzt nicht ausblenden.

Meine Damen und Herren, das weitere Verfahren ist klar geregelt. Das ist doch überhaupt kein Geheimnis.

Es wird jetzt nicht so sein - Herr Kollege Hagenah, das darf ich in aller Klarheit sagen -, dass wir selbst im Hause quasi den Raumbedarf so erstellen, dass es nicht in die Kubatur passt. Darauf wäre ich auch selbst gekommen; das darf ich Ihnen einmal sagen. Wir beauftragen eine parlamentserfahrene Firma, die diese Phase eins - wenn ich das so nennen darf - bewertet. Diese hat sich bereits in Hessen und in anderen Bundesländern mit diesen Fragen befasst. Das ist dann eine neutrale Feststellung, die wir anschließend diskutieren können. Ich glaube, das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU)

Es wird eine intensive Auseinandersetzung auch mit den denkmalschutzrechtlichen Belangen geben; das ist überhaupt keine Frage. Es wird den Entwurf eines Auslobungstextes geben; auch das ist keine Frage. Das ist fest zugesagt; darüber brauchen wir gar nicht zu diskutieren. Nach unserer Zeitachse soll das Ende März/Anfang April in der Baukommission diskutiert werden. Von mir aus kann das Satz für Satz geschehen; das alles können wir gerne machen.

(Zuruf von Ursula Helmhold [GRÜNE])

Diese Punkte werden vor einer endgültigen Entscheidung auch der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Wie der Auslobungstext formuliert ist, werden die Mitglieder der Baukommission Ende März/Anfang April sehen. Dann können wir darüber intensiv diskutieren.

Meine Damen und Herren, eines darf ich aber noch einmal sagen - das bezieht sich wieder auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; das sage ich hier im Klartext -: Bei mir gibt es keine Bereitschaft - eine solche sehe ich auch bei vielen anderen Kollegen nicht -, vor dem Umbau bzw. Neubau einen städtebaulichen Wettbewerb durchzuführen. Wer das jetzt fordert, der tut dies trotz des Wissens - vielleicht aus taktischen Gründen -, dass in dieser Legislaturperiode überhaupt keine Baumaßnahme mehr durchgeführt wird bzw. durchgeführt werden kann. Nach meiner Wahrnehmung will das die breite Mehrheit in diesem Hause nicht.

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herr Dinkla, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage von Frau Helmhold?

**Hermann Dinkla (CDU):**

Ja.

**Ursula Helmhold (GRÜNE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich möchte Sie gerne fragen: Gehe ich recht in der Annahme, dass all das, was Sie hier in Bezug auf den künftigen Architektenwettbewerb und das, was der Baukommission vorgestellt wird, vortragen, auf der Grundlage des Beschlusses der Baukommission beruht, Variante 7

weiterzuverfolgen, die ja vorsieht, dass der Oesterlen-Bau abgeschnitten und entfernt wird?

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herr Dinkla!

**Hermann Dinkla (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin, die Präferenz ist eindeutig. Das ist auch Beschlusslage der Baukommission. Insofern werden wir die Feinheiten zu diskutieren haben, wenn die Diskussion in Bezug auf die textliche Ausgestaltung in der Baukommission ansteht.

Meine Damen und Herren, weil vom Kollegen Hagenah und anderen immer wieder die Worte „Kompromisse“ und „Einschränkungen“ gebraucht werden, weise ich auf Folgendes hin: Setzen wir zu stark auf Kompromisse - dies gilt für alle Nutzer, ob Abgeordnete, Besucher oder Verwaltung -, bindet uns dies auf Jahrzehnte. Die Fehler, die wir jetzt machen, die Kompromisse, die wir jetzt eingehen, wirken nicht wenige Jahre, sondern Jahrzehnte nach. Wir bauen nicht für einen kurzen Zeitraum, sondern für Jahrzehnte. Dieser besondere Blickwinkel darf hierbei nicht untergehen.

Niedersachsens neues Parlament soll ein Symbol für Offenheit und Transparenz werden: Abschied von der „Bunkersituation“, moderne, mediengerechte Arbeitsbedingungen für Abgeordnete und Medienvertreter, Barrierefreiheit - dieser Begriff ist heute noch nicht gefallen -, Besucherfreundlichkeit, Funktionalität, Wirtschaftlichkeit, moderne Energiekonzepte. Wir wollen nicht, dass dieser Bau ein „Energiekiller“ ist. Es können auch modellhaft Konzepte umgesetzt werden.

Abschließende Bemerkung: Niemand will einen Luxusbau, der unverantwortlich viel Geld für architektonische Spielereien verschlingt. Ich glaube aber, dass wir alle die Kraft haben sollten, uns zu einem modernen Parlamentsgebäude zu bekennen.

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herzlichen Dank, Herr Dinkla. Ihre Redezeit ist schon überschritten.

**Hermann Dinkla (CDU):**

Gut, dann bedanke ich mich noch für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung bei der SPD)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Es liegen zwei Wortmeldungen zu Kurzinterventionen auf Herrn Dinkla vor. - Zunächst hat Herr Wenzel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Sie haben anderthalb Minuten.

**Stefan Wenzel (GRÜNE):**

Frau Vizepräsidentin! Herr Präsident Dinkla, ich begrüße ausdrücklich, dass Sie sich dieses Projekt auf die Hörner genommen haben und die Arbeitssituation hier im Parlament verbessern wollen. Ich halte fest, dass ich an drei Stellen einen Konsens sehe: Erstens sind wir uns einig, dass eine Modernisierung notwendig ist. Zweitens sind wir uns hier im Haus offenbar auch darin einig, dass eine energetische Sanierung dringend notwendig ist. Drittens sind wir uns einig, dass der Landtag angemessene Räumlichkeiten benötigt. Das ist der Konsens.

(Dr. Bernd Althusmann [CDU]: Wollen Sie keinen Neubau? Sie wollten doch einen Neubau! Jetzt bekommen Sie einen Neubau!)

– Den Dissens beschreibe ich jetzt auch, Herr Althusmann. - Der Dissens lässt sich mit der Frage umschreiben, ob wir, um diese Bedingungen zu erfüllen, einen vollständigen Neubau brauchen oder ob auch ein Umbau möglich ist, wie er beispielsweise mit dem Entwurf von Koch Panse realisiert würde. In diesem Zusammenhang geht es auch um die Frage, was am Ende teurer sein wird. Auch dazu gibt es unterschiedliche Einschätzungen.

Ich verweise noch einmal auf den Reichstag. Sir Norman Foster hatte ursprünglich die Kuppel nicht in seiner Planung. Sie wurde aus dem Entwurf des Drittplatzierten übernommen. Da ist also eine gute Idee in einen ohnehin schon hervorragenden Vorschlag eingebaut worden. Genau dies wünsche ich mir bei uns auch: den Wettbewerb um die beste Idee. Ich hoffe, dass sich dem am Ende keine Fraktion widersetzen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön. - Die nächste Kurzintervention kommt von der Fraktion DIE LINKE. Herr Dr. Sohn, Sie haben anderthalb Minuten.

**Dr. Manfred Sohn (LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich gehe zunächst ganz kurz auf das 30-Tage-Argument ein und stimme dem zu, was Herr Dinkla gesagt hat. Dieses Argument ist ein bisschen schwach und würde - ich bin kein Kirchenverteidiger per se - natürlich auch alle Kirchen in Niedersachsen in Bedrängnis bringen. Dann könnte man nämlich sagen, sie würden nur 50 Tage im Jahr genutzt, und könnte sie deswegen auch zumachen. Das ist also kein sehr starkes Argument.

Mir scheint, dass sich in der Diskussion den Bedingungen, die Frau Reichwaldt formuliert hat und von denen unsere Zustimmung zu diesen Baumaßnahmen abhängt, eine weitere dazugesellen könnte, nämlich dass der Plenarsaal auch über den Parlamentsbetrieb hinaus genutzt werden kann. Heute vor einer Woche fand hier in diesem Saal die szenische Auffüh-

rung von Peter Weiss' Ausschwitzprozess statt, die mich persönlich sehr beeindruckt hat. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, waren zehn Abgeordnete anwesend. Ich wünsche mir, dass dieser Architekturwettbewerb auch berücksichtigt, dass der Plenarsaal nicht nur für das Landtagsplenum, sondern auch für Veranstaltungen wie die Aufführung von Peter Weiss genutzt werden kann.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herr Dinkla möchte antworten. - Bitte schön, auch Sie haben anderthalb Minuten.

**Hermann Dinkla (CDU):**

Frau Präsidentin! Ich will nur eines in aller Klarheit sagen: Wir sollten uns unmissverständlich davon distanzieren, dass es eine Chance gäbe, den Wettbewerb von 2002 zu reaktivieren.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Wenzel, dies geht schlicht und ergreifend nicht, und deshalb sollten wir auch den Mut haben, dies klarzustellen. Eines kann man nicht tun, was Sie in dem Antrag getan haben: Sie können nicht auf der einen Seite für eine städtebaulichen Wettbewerb argumentieren und auf der anderen Seite dafür plädieren, dass man sich bei den Baumaßnahmen nur innerhalb der Kubatur bewegen dürfe. Dies halte ich für unlogisch; denn wenn wir, dem erklärten Wunsch der Landeshauptstadt folgend, hier einen markanten Punkt setzen wollen, müssen wir uns in Richtung auf den Platz der Göttinger Sieben öffnen. Andere Städte haben einen Roten Platz; dies ist ein toter Platz.

Ich wehre mich auch etwas dagegen, dass man das Kostenargument im Hinblick auf den Plenarsaalbau immer so anführt, als gehe es hier um etwas ganz Besonderes. Zweifellos ist er als Symbol der Demokratie auch etwas Besonderes. Aber in den letzten sieben Jahren haben wir im Bereich der Justizvollzugsanstalten in Niedersachsen 235 Millionen Euro investiert; Einzelmaßnahmen haben 110 Millionen Euro und, wie in Göttingen, 65 Millionen Euro gekostet. Dort wurde überhaupt nicht darüber diskutiert, ob diese Baumaßnahmen nicht auch 5 oder 10 Millionen Euro billiger hätten sein können. Ich will jetzt keine gedankliche Assoziation zu Justizvollzugsanstalten herstellen. Darum geht es mir nicht.

(Heiterkeit)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Das können Sie auch nicht mehr, weil die anderthalb Minuten jetzt vorbei sind, Herr Dinkla. Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)



Zu Wort gemeldet hat sich für die Landesregierung Herr Minister Stratmann. - Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Lutz Stratmann**, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Dr. Sohn, eine Vorbemerkung kann ich mir als jemand, der vielleicht ein anderes Verhältnis als Sie zu Kirchen hat, nicht verkneifen: Die meisten Kirchen in Deutschland stehen jeden Tag den Gläubigen offen

(Zuruf von der CDU: Den Ungläubigen auch! - Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

- den Ungläubigen auch -, nicht nur an Sonntagen. Insofern hinkte dieser Vergleich ein wenig.

(Zuruf von Ursula Helmhold [GRÜNE])

- Gibt es an meiner Äußerung etwas zu kritisieren? Wäre dem so, würde ich Ihnen empfehlen, öfter einmal eine Kirche aufzusuchen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, dass Sie zu Recht die Erwartung haben, dass der für den Denkmalschutz zuständige Ressortminister einige wenige Ausführungen macht.

**(Vizepräsident Hans-Werner Schwarz**

**übernimmt den Vorsitz)**

Erstens. Mir hat die Debatte der letzten 45 Minuten ausgesprochen gut gefallen. Hier sind sehr gute und auch weniger gute Argumente ausgetauscht worden. Ich sage dies, weil der obersten Denkmalschutzbehörde, also dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur, nach § 10 Abs. 5 des Denkmalschutzgesetzes das geplante Projekt lediglich angezeigt werden muss. Dies bedeutet gleichwohl, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für einen solchen Eingriff selbstverständlich vorliegen müssen, die sich wiederum in § 7 Abs. 7 Nr. 2 des Denkmalschutzgesetzes finden. Danach sind die Voraussetzungen für einen Eingriff in ein Denkmal dann gegeben, wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse am Eingriff zwingend vorliegt. Ein Eingriff, liebe Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, ist nicht ausschließlich der Abriss. Auch eine Sanierungsmaßnahme ist ein solcher Eingriff, der den von mir eben genannten gesetzlichen Vorschriften Rechnung tragen muss.

Das heißt, dieser Landtag, also Sie, hat nach einem Abwägungsprozess die Entscheidung zu treffen, ob der Eingriff gerechtfertigt ist oder nicht.

Mein Eindruck ist, dass das, was der Landtagspräsident in den letzten Wochen und Monaten getan hat, und dass auch diese Debatte und viele andere Debatten, die dazu stattfinden, einen Abwägungsprozess

darstellen, der nach meinem Eindruck nicht besser verlaufen könnte, als er es zurzeit tut.

(Beifall bei der CDU – Zustimmung von Stefan Wenzel [GRÜNE])

Noch einmal: Sie machen derzeit exakt das, was der Gesetzgeber, also Sie selbst, ins Gesetz geschrieben haben. Damit gibt es seitens der Landesregierung derzeit keinerlei Veranlassung, das Verfahren zu kritisieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)